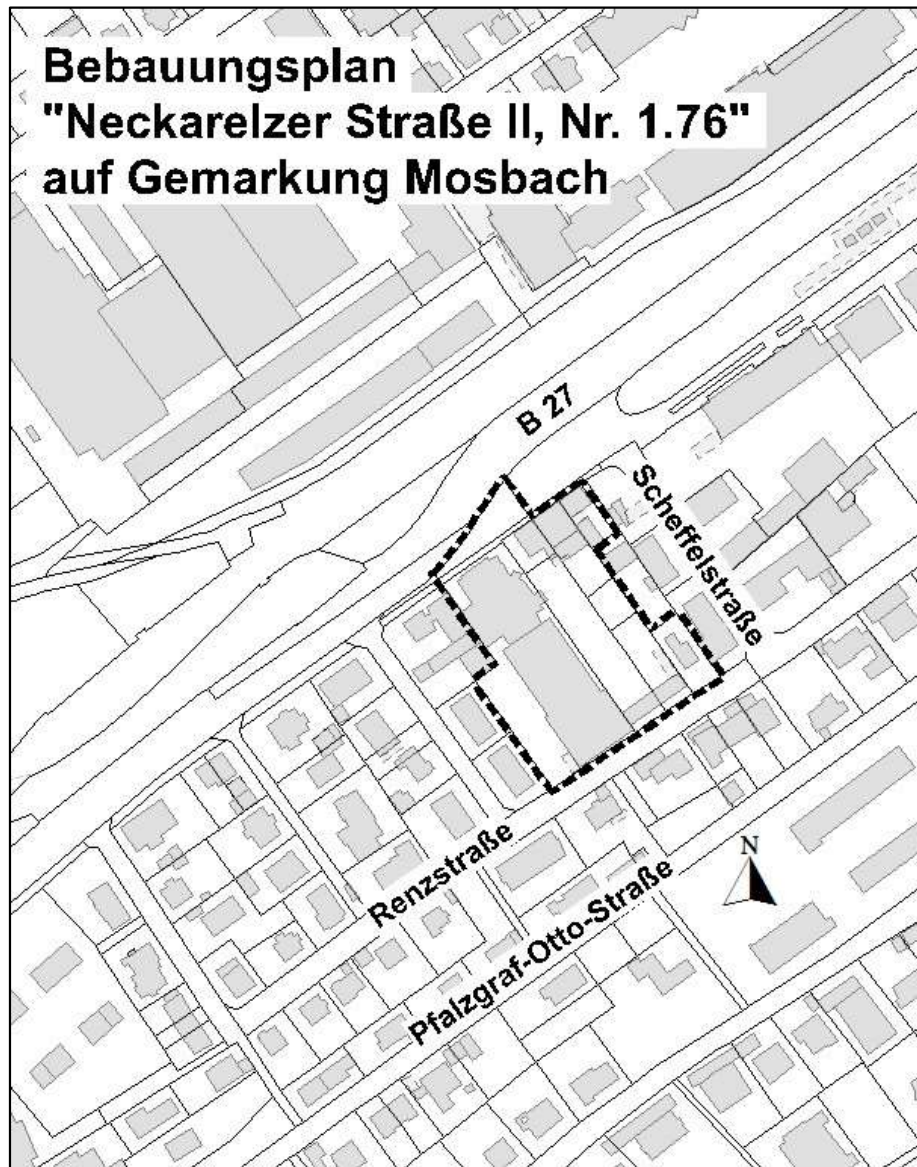


**Amtliche Bekanntmachung
nach Baugesetzbuch**

**Inkrafttreten der Satzung zum Bebauungsplan „Neckarelzer Straße II, Nr. 1.76“ mit
Teiländerung des Bebauungsplanes „Bundesstraße B 27, 2. Bauabschnitt, Nr. 1.55 A“
auf Gemarkung Mosbach und der Satzung über die Örtlichen Bauvorschriften**

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat mit Erlass vom 25.11.2021, Az 21-2511.3-13/161 den vom Gemeinderat der Stadt Mosbach am 28.07.2021 in öffentlicher Sitzung als Satzung beschlossenen Bebauungsplan „Neckarelzer Straße II, Nr. 1.76“ mit Teiländerung des Bebauungsplanes „Bundesstraße B 27, 2. Bauabschnitt, Nr. 1.55 A“ nach § 10 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) genehmigt.

Der Geltungsbereich ergibt sich aus der nachstehend abgedruckten Planskizze.



Die o.g. Satzung wird mit allen Bestandteilen und der zusammenfassenden Erklärung ab sofort im Technischen Rathaus der Stadt Mosbach, Unterm Haubenstein 2, 74821 Mosbach, Abt. Stadtplanung, Zimmer Nr. 004, während der üblichen Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereit gehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 a BauGB zudem auf der Website der Stadt Mosbach (www.mosbach.de), Rubrik „Bürgerportal - Bauen/Wohnen – Bebauungspläne und Flächennutzungspläne“ bzw. über das zentrale Internetportal des Landes Baden-Württemberg (www.uvp-verbund.de) abrufbar.

Die Erteilung der Genehmigung wird nach § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung treten die Satzung zum Bebauungsplan „Neckarelzer Straße II, Nr. 1.76“ mit Teiländerung des Bebauungsplanes „Bundesstraße B 27, 2. Bauabschnitt, Nr. 1.55 A“ und die Satzung über die Örtlichen Bauvorschriften in Kraft.

Hinweise:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der im § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 des BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder aber nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nur beachtlich werden, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Rechtsvorschriften oder den Mangel des Abwägungsvorgangs begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung der in § 4 der Gemeindeordnung bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich geltend gemacht wird.

Mosbach, den 15.01.2022

Michael Jann, Oberbürgermeister